

Die Finanz- und Wirtschaftskrise sollen nun Kultur-, Umwelt- und Sozialprojekte bezahlen ?

Für den Erhalt einer **LEBENSWERTEN** Stadt Göttingen !

Einladung zum Bündnis für ein
LEBENSWERTES GÖTTINGEN

am Mittwoch, den 08.07.09 um 17.00 Uhr
im APEX, Burgstraße 46 in Göttingen

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

nun gibt es sie mal wieder: die schon aus früheren Jahren bekannte „Haushaltssperre der Stadt Göttingen“, die – wie auch in früheren Fällen – mitten im Sommerloch die Ämter in der Verwaltung, aber eben auch die Projekte aller „freien gemeinnützigen Träger“ trifft, die auf „freiwillige Leistungen“ angewiesen sind. Folglich gibt es auch sie mal wieder: die aus früheren Jahren bekannten Aktionen des Bündnisses für ein *Lebenswertes Göttingen*.

Die Zuwendungsbescheide der Stadt Göttingen, auf die gerade die kleinen kulturellen, umweltbezogenen und sozialen Projekte immer schon ab Jahresbeginn warten, kamen in diesem Jahr wieder einmal erst Ende Juni, als die Sommerferien schon begonnen hatten.

Das Geld für Personal, Miete, Projekte etc. dürfen sie bereits ab Januar ausgeben, aber erst Mitte des Jahres erfahren Sie, per Bescheid verbindlich, ob überhaupt und wenn ja, in welcher Höhe ihre Arbeit bezuschusst wird.

Bis die Gremien dann aus dem Sommerloch wieder auftauchen, ist die Finanzierung wackelig und mit der nun verhängten Sperre von 10 % muss in dem verbleibenden zweiten Halbjahr die rückwirkende Kürzung noch eingespart werden.

Zusätzlicher bürokratischer Aufwand für viele: der kommunale Zuschuss ist oft die „Sockelfinanzierung“, auf die die Ko-Finanzierungen des Landes, des Bundes oder sonstiger Förderinstrumente aufbauen. Hier sind überall die Finanzierungspläne anzupassen oder muss die Lücke kurzfristig durch „Spenden“ geschlossen werden, damit nicht andere Bewilligungen aus substantiellen oder formalen Gründen plötzlich auch noch gefährdet sind.

Wohlgemerkt, es geht hier nicht um die Finanzierung von Freizeitvergnügungen von ein paar Vereinshanseln, sondern um gesellschaftlich wichtige Aufgaben im Gemeinwesen, die anstelle der Kommune von einer Vielzahl spezialisierter Einrichtungen und Organisationen mit hoch kompetenten Mitarbeitern - vielfach auch teilweise oder vollständig ehrenamtlich - mit überwältigendem Engagement wahrgenommen werden. Der Haushaltsposten für die „freien gemeinnützigen Träger“ ist keineswegs die Gnade einer Mittel-„Gewährung“ für Bittsteller, sondern schlichte Sparpolitik: Würden die Kommunen diese Aufgaben selbst wahrnehmen, müsste ein Mehrfaches der „freiwilligen Leistungen“ in den Haushalt eingestellt werden. Eigentlich erstaunlich, dass hier nicht genau so ordentlich subventioniert wird wie in anderen privatisierten Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, da wir doch gelernt haben, dass mit dicken roten Teppichen „Private alles besser können als die öffentliche Hand“.

Sparhaushalt oder politische Gestaltung?

Es ist nur zu offensichtlich: es geht keineswegs nur um den klammen Haushalt der Stadt Göttingen. Kommunale Haushaltspolitik ist Sozial-, Kultur-, Umwelt-, Bildungs-, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik, und die Verteilung der Mittel in die Töpfe kann geändert werden. Selten war dies offensichtlicher als heute: ob im Großen Milliarden für die „Rettung“ der Banken oder der Automobilindustrie ausgegeben werden, während bei den Sozialausgaben unerträglich gespart wird und alle umwelt- und klimapolitischen Ziele schnell vergessen werden, oder ob im Kleinen der Göttinger Oberbürgermeister den Rat die Freigabe von Mitteln für die Planung einer fragwürdigen und umstrittenen, millionenteuren Straße beschließen lässt, um 5 (fünf) Tage später eine Haushaltssperre zu verhängen, weil das Geld der Stadt für die freiwilligen sozialen und kulturellen Leistungen nicht mehr ausreicht.

Hier geht es nicht um Sachzwänge, denen wir uns alle beugen müssten, hier wird Politik gemacht. Die Haushaltssperre ist zugleich eine Entscheidung gegen soziale und kulturelle Leistungen. Die Entscheidung für die Planung der Südspange ist zugleich auch eine Entscheidung für den motorisierten Individualverkehr und gegen die Verkehrsreduzierung und den Erhalt von Gebieten, in denen bislang Natur und Naherholung ihren Platz haben. Mit solchen Entscheidungen geht Stück für Stück immer mehr Göttinger Lebensqualität verloren. Schon mit dem Bau des Kiessee-Karrees wurde eine wissenschaftliche Studie ignoriert, die die Notwendigkeit der „Belüftung“ des Stadtgebietes von Süden her belegt. Mit dem „Auto-Damm“ wäre Göttingen fast vollends abgeriegelt und noch dunstiger.

Was sich hier momentan noch relativ klein ausnimmt, droht in absehbarer Zeit wesentlich größere Ausmaße anzunehmen. Jeder weiß, die aktuelle Göttinger Haushaltssperre ist erst der Anfang. Schon längst ist die produzierte Wirtschaftskrise in Göttingen angekommen. Dabei geht es nicht alleine um einbrechende Gewerbesteuererinnahmen der Stadt und um Entlassungen, bedrohte Arbeitsplätze und umfangreiche Kurzarbeit in vielen Göttinger Unternehmen, sondern auch um die sich verändernden Rahmenbedingungen kommunaler Politik.

Egal, ob die von Bund und Ländern beschlossene Schuldenbremse die Stadt zu weiteren Kürzungen ihrer freiwilligen Leistungen zwingen will oder ob neue Konjunkturpakete Gelder für Straßenbau und Umweltzerstörung zur Verfügung stellen: Dies ist nicht nur große Politik, die Umsetzung findet auf der kommunalen Ebene statt.

Die Wirtschaftskrise droht unsere Gesellschaft und damit auch unsere Stadt zu verändern. Bedroht sind dabei gerade auch kulturelle Vielfalt, soziale Infrastruktur und Unterstützung, Umwelt, Natur und Naherholung, kurz: vieles, was Göttingen lebenswert macht. Dies gilt umso mehr, wenn wir die Gestaltung alleine unseren Volksvertretern überlassen, die mehrheitlich ihren schwindenden Gestaltungswillen gerade erst mit dem „Südspangenbeschluss“ und der widerstandslos hingenommenen Haushaltssperre des Oberbürgermeisters Meyer bewiesen haben.

Mit einem Bruchteil der für die Südspange vorgesehenen Gelder kann man intelligente Lösungen des ÖPNV entwickeln und endlich ausreichende Mittel für die sog. „freiwilligen Leistungen“ oder auch die Sanierung vorhandener Straßen einsetzen.

Wir laden alle Verbände, Vereine und Projekte, die sog. „freiwillige Leistungen“ erhalten und nun in 2009, aber auch in naher Zukunft, wenn die Krise erst „richtig“ bei uns ankommt, erheblichen Einsparungs- und damit zusätzlichen Konkurrenzdruck erwarten müssen, herzlich zu diesem ersten Treffen in das (ebenfalls betroffene) APEX ein.

Was ist zu tun?

Die betroffenen Einrichtungen und Projekte aus den Bereichen Kultur und Soziokultur, Soziales und Gesundheit, Umwelt und Naturschutz, Frauen und Kinder sollen sich austauschen über die Informationen, die in den verschiedenen Bereichen vorliegen und feststellen

- ob das Wiederbeleben des „stand by-“ Bündnisses für ein LEBENSWERTES GÖTTINGEN von allen Gruppen mitgetragen werden kann,
- welche weiteren Initiativen zur Mitarbeit eingeladen werden sollten,
- wie wir aktuell in Ausschüssen, gegenüber den Fraktionen und der Verwaltung auf die Haushaltssperre wirksam reagieren sollten,
- wie wir die Öffentlichkeit und unsere „KundInnen“ und NutzerInnen“ bzw. die auf unsere Kulturangebote, Umweltinitiativen, sozialen Projekte angewiesenen Menschen informieren und mit ins Boot holen,
- wie wir die „heiße Phase“ des Bundestagswahlkampfes nutzen können, um den Zusammenhang der großen Finanz-, Wirtschafts- und Politikskandale mit den nun zunehmend sichtbar werdenden Einschränkungen auf der lokalen Ebene sichtbar werden zu lassen.

An der konstituierenden Sitzung unseres Bündnisses vor fast genau 3 Jahren hatten 35 Menschen von ca. 22 Netzwerken, Einrichtungen und Projekten teilgenommen.

Jeder Bereich sollte seine Fragen an Politik und Verwaltung stellen, seine Veranstaltungen machen, aber auf einige gemeinsame Aktionen, die in Arbeitsgruppen vorbereitet wurden, hatten wir uns verständigt.

Folgende Vorhaben wurden 2006 realisiert und könnten ggf. wiederholt werden:

- Erstellung eines Appells mit Unterschriftensammlung durch alle Netzwerke, Projekte und Initiativen
- Vorbereitung einer Informationsveranstaltung mit Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen des Stadtrats, die überwiegend ihre Teilnahme zugesagt hatten
- Vorbereitung eines Informations- und Aktionstages „Leben mit X % in 2010 – wer muss gehen?“ vor und – wetterbedingt im Neuen Rathaus vor einer Ratssitzung
- Veranstaltung mit den OB-Kandidaten, bei der der heutige OB Wolfgang Meyer erklärt hatte, mit ihm gäbe es die damals (vom Land geforderten) Einschnitte nicht ... (Übrigens hielt er zunächst Wort und löste sogar unmittelbar nach seiner Wahl das Versprechen ein: Die (mittelgroßen) Kultureinrichtungen wie KAZ, Musa und Lumière u.a. wurden durch Verträge besser abgesichert und auch die sozialen und Umwelt-Projekte bekommen zum jeweiligen Jahresbeginn die notwendigen Abschlüsse, die bereits für Kulturinitiativen selbstverständlich waren ...!). Vielleicht laden wir ihn einfach mal zu einer „Rückblende“ ein, dazu fällt den Kulturinitiativen bestimmt was ein?

Soweit „ferienbedingt“ niemand aus Ihrem/Eurem Bereich an dem Treffen teilnehmen kann, bitten wir Sie/Euch, eine **kurze Nachricht mit Stichworten zu ihrer Situation und Ihrer Bereitschaft, an der einen oder anderen Aktionsform mitzuwirken**, gleichzeitig parallel (ferienbedingte Abwesenheiten) zu mailen an info@pari-qoe.de, edgar.schu@die-soziale-bewegung.de und kbuss@gwdg.de (BI Göttinger Süden).

Darüber hinaus mögen die mit diesem Verteiler Angeschriebenen bitte per Email an edgar.schu@die-soziale-bewegung.de bestätigen, **ob sie in den Extra-Verteiler „Bündnis für ein LEBENSWERTES GÖTTINGEN“, verwaltet vom Göttinger**

Sozialforum, aufgenommen werden möchten, um alle Informationen und Protokolle mitlesen zu können.

Die Unterzeichnenden sind auch per **Telefon** unter 0551 9000811 (Manfred Grönig, Paritätischer Wohlfahrtsverband) oder 0551 9964381 (Edgar Schu, Aktionsbündnis Sozialproteste) zu erreichen.

Wir bitten die Zusammenschlüsse oder Sektoren, die an der konstituierenden Sitzung oder an den einzurichtenden Arbeitsgruppen aus Zeitgründen nicht teilnehmen können, sich dennoch „ohne schlechtes Gewissen“ als „stille Teilhaber“ in die Veranstaltungen und Aktionen einzuklinken, um das Bündnis weiter zu vertiefen und zu verbreitern.

Dies gilt insbesondere für die Bereiche Sport und Freizeit, die Gesundheits- und Selbsthilfeinitiativen, den Stadtjugendring, die Freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe, die einzelnen Wohlfahrtsverbände, nachdem die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege ihren Protest und ihre Sorge bereits am 25.06.09 im Gespräch mit der Kultur- und Sozialdezernentin und dem Sozialamtsleiter geäußert hat, und das gut organisierte Kita-Bündnis, auf dessen Unterstützung wir ebenfalls hoffen.

Mit solidarischen Grüßen

für das Göttinger Sozialforum und die ersten Reorganisationstreffen des Bündnisses für ein **LEBENSWERTES GÖTTINGEN**

i.A.

Dr. Joachim Bons
Unabhängige Beratungsstellen SGB II

Klaus Peter Buss
BI Göttinger Süden

Claudia Edam
Dt. Familienverband Göttingen

Manfred Grönig
Paritätischer Wohlfahrtsverband Göttingen

Uwe Scheibler
Stadt und Planung e.V. Göttingen

Klaus Schild
ver.di Göttingen

Edgar Schu
Aktionsbündnis Sozialproteste